

A5 4. Bildungsgerechtigkeit für Baden-Württemberg

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)

Tagesordnungspunkt: 3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

Antragstext

Gerade das Bildungssystem betrifft viele junge Menschen jeden Tag. Deshalb brauchen wir ein Bildungssystem, das junge Menschen unabhängig von sozialer Herkunft, finanzieller Situation oder Wohnort fördert. Aus diesem Grund fordern wir gut ausgestattete Schulen, ausgebildete Lehrkräfte, fortlaufend aktualisierte Lehrpläne, die auf die aktuellen Entwicklungen angepasst sind und leistungsdiverse, inklusive Schulformen für alle.

Dazu gehören für uns **verpflichtende Fortbildungstage für Lehrkräfte**, die diese regelmäßig in Klimabildung, Digitalisierung, Demokratiebildung, Sonderpädagogik und mentaler Gesundheit schulen. Dabei ist darauf zu achten, dass diese Fortbildungen nicht zu einer zusätzlichen Belastung werden. Das Lehramtsstudium muss attraktiver und gerechter gestaltet werden. Dazu bedarf es zwingend der Ausweitung der dualen Lehramtsstudiengängen, welche künftig auch für Studienanfänger*innen ohne Bachelorabschluss angeboten werden sollen. Alle Lehrkräfte, egal welcher Schulart, sollen gleichwertig und gerecht bezahlt und alle **Lehramtsstudiengänge gleichgestellt** werden, um den Beruf attraktiver zu machen. So müssen bspw. Grundschullehrkräfte in die Besoldungsstufe bzw. Entgeltstufe A13 (Beamte) / E13 (Angestellte) eingestuft werden.

Kriterienkataloge für Referendariatsprüfungen sollen als Standard festgelegt werden, um eine willkürliche Notenvergabe zu verhindern. Die Lehrprobe als Prüfungsformat ist aus der Zeit gefallen und muss grundsätzlich hinterfragt und überarbeitet werden. Bei Referendariaten müssen Studierende durch sehr kurzfristige Ortszuteilungen in kurzer Zeit ein komplett neues Lebensumfeld aufbauen. Um das zu vereinfachen, muss es zum einen **mindestens zwei flexible Einstiegstermine für das Referendariat** geben, die an das Semesterende angepasst sind und zum anderen müssen Mitteilungen mindestens sechs Monate im Voraus erfolgen. Zudem muss bei der Standortwahl das persönliche Interesse der Bewerber*innen berücksichtigt werden, mit einem **Mindestmaß an Mitbestimmung**. Die Ausbildungsseminare benötigen qualitativ und quantitativ mehr Möglichkeiten, um Lehramtsanwärter*innen sinnvoll in ihrer Entwicklung zu unterstützen.

In Schulen sollte ein Dialog auf Augenhöhe stattfinden. Besonders Schüler*innen müssen hier ernst genommen werden, denn trotz der aktuellen Strukturen werden

ihre Anliegen oft gebremst oder nicht gehört. Wir fordern daher ein regelmäßiges Feedback der Schüler*innen für Lehrkräfte und Schulleitung. Des Weiteren sollen Schüler*innenvertretungen auf allen Ebenen gestärkt und vernetzt werden.

Wir setzen uns für eine grundlegende Reform unseres Bildungswesens ein und fordern dafür eine **Enquete-Kommission Bildung** einzusetzen. Zudem stehen wir in einem Übergangszeitraum für eine **längere gemeinsame Schulzeit bis Klasse 6** und die **Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung**, um allen Kindern mehr Zeit für ihre Entwicklung zu geben und Leistungsdruck zu reduzieren. Die **Berufsorientierung** sollte in Schulen deutlich gestärkt werden und Lehrkräfte, gerade durch entsprechende Fortbildung, bei der Umsetzung des Schulfachs "Wirtschaft / Berufs- und Studienorientierung" unterstützt werden. So sollen beispielsweise **Fortbildungsangebote im Handwerk und in der Landwirtschaft** für alle Arten von Lehrkräften ausgebaut werden, um den Wert des Handwerks und der Landwirtschaft an die Lehrenden zu übermitteln. Programme wie "**Lernort Bauernhof**" sollen gestärkt und bekannter werden.

Bildungschancen dürfen nicht länger vom Geldbeutel der Eltern abhängen! Wir fordern **kostenlose Schulmaterialien, also Lernmittelfreiheit für alle, eine flächendeckende Einführung von kostenfreien Schulspinden und kostenlose, pflanzliche, saisonale und regionale Verpflegung in Schulküchen**. Zusätzlich müssen alle Schüler*innen **Zugang zu digitalen Endgeräten** und schnellem Internet haben, unabhängig von der finanziellen Lage der Familie. **Schulsozialarbeit** muss zur **kommunalen Pflichtaufgabe** mit finanzieller Unterstützung durch das Land werden und auch für Lehrkräfte und angehende Lehrkräfte zugänglich sein, um Chancengleichheit in schwierigen Lebenslagen zu sichern.

Im frühkindlichen Bereich fordern wir **einkommensabhängige KiTa-Gebühren**, eine **garantierte kostenlose, pflanzliche, saisonale und regionale Mahlzeit pro Tag** für jedes Kind sowie **Sprachförderung bereits in der frühen Bildung**. Bildung darf nicht vom Zufall abhängen – wir brauchen ein starkes, gerechtes und modernes Bildungssystem für alle!

Unterstützer*innen

Philip Weiß